

# KARIN ROTH informiert bundestag aktuell



Nr. 37, 14. Juni 2011

## **Eurostabilität und Entwicklungen in Griechenland**

In der vergangenen Sitzungswoche hat sich die Bundesregierung in einer Regierungserklärung zum Thema Eurostabilität und den Entwicklungen in Griechenland geäußert. Lange war unklar, ob Schwarz-Gelb vor der Sitzung des Europäischen Rats am 24. Juni dem Deutschen Bundestag die eigene Position erläutern wird. Kurzfristig wurde dann doch eine Regierungserklärung auf die Tagesordnung gesetzt. Dies ist aber offenbar nicht das Ergebnis besserer Einsicht, was die Beteiligung des Parlaments angeht. Vielmehr reagiert Merkel in Hektik auf die Schlagzeilen, dass Griechenland ein Jahr nach dem ersten Rettungspaket von 110 Milliarden. Euro erneut in der Sackgasse steckt, dass neue Hilfen erforderlich werden und dass ihre Kanzlermehrheit nicht mehr steht.

Der Bundesfinanzminister sprach sich für eine sanfte Umschuldung aus, bei der Griechenland ein Zahlungsaufschub von seinen Geldgebern gewährt würde. Er appellierte, auch private Gläubiger in diese sanfte Umschuldung einzubeziehen. In welcher Form genau blieb allerdings offen.

## **Einstehen für Europa**

SPD-Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier mahnte angesichts der widersprüchlichen Äußerungen der schwarz-gelben Koalition, mit mehr Herz für Europa einzustehen. Er warf der Regierung vor, keine klare Strategie zu haben. Mit den kleinen Schritten die vorgenommen würden, laufe man den Finanzmärkten hinterher. Die uninspirierten Ankündigungen von Merkel würden immer wieder von der Realität eingeholt und überholt. Er kritisierte, dass Deutschland sich immer mehr vom Gestalter zum Nörgler entwickle. Steinmeier kritisierte, dass eine Perspektive auf reale Investitionen, Wachstum und wirtschaftliche Erholung fehle. Jede Konsolidierung eines Staates, die dauerhaft gelingen soll, brauche zugleich ein Wachstums- und Modernisierungsprogramm. Es gebe den Menschen Hoffnung und setze die ökonomischen Kräfte der Gesundung frei. Die Mittel für diese Investitionen könnte man aus der Finanztransaktionssteuer gewinnen. Zusätzlich plädierte Steinmeier auch für eine Harmonisierung der Steuern in Europa und für Mindestlöhne.

Die Schuldenkrise im Euroraum beschäftigt uns alle nun mehr als ein Jahr. Eines wird immer klarer: Jede dauerhaft tragfähige Lösung erfordert zwingend die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Auch darüber hat der Bundestag am 9. Juni beraten. Die SPD fordert in ihrem parallel mit den französischen Sozialisten eingebrachten Antrag nichts anderes, als dass auch Transaktionen auf den Finanzmärkten einer Umsatzsteuer unterliegen.

Es war ganz wesentlich die Finanzmarktkrise, die zur Verschärfung der Staatsschuldenkrise in der Eurozone geführt hat. Dies vor Augen, hat die SPD die schwarz-gelbe Koalition früh gewarnt, dass ein einseitiges Spardiktat schwache Länder wie Griechenland nicht vor der Pleite retten wird. Das Land steckt jetzt in einer Schulden-Rezessions-Spirale. Es hat heute eine höhere Staatsverschuldung und muss höhere Zinsaufschläge zahlen als zum Zeitpunkt des ersten Rettungspakets vor einem Jahr. Wir haben schon im Mai 2010 davor gewarnt, die tieferen Ursachen der Krise auszublenden und die Beteiligung der Finanzmärkte abzublocken.

**Im Entschließungsantrag zur Regierungserklärung (angefügt, Drs. 17/6161) hat die SPD ihre Position klar gemacht** und u.a. ein Europäisches Wachstumsprogramm gefordert. Außerdem soll endlich der Grundsatz geltend gemacht werden: Risiko und Haftung gehören zusammen. Wir kritisieren die reine Kreditvergabe und setzen uns für mehr Hilfe zur Selbsthilfe ein. Um die Spekulationen und Zockereien auf den Finanz- und Kapitalmärkten zu beenden ist mehr Regulierung und Aufsicht einzuführen. Und schließlich ist für die SPD wichtig, dass die Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte der Parlamente gestärkt werden.

*Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2*

*Fortsetzung von Seite 1*

Griechenland steht vor einem Epochenwechsel. Alle Beteiligten wissen es. Es gibt nichts mehr in der Staatskasse, das verteilt werden kann. Es gibt kein billiges Geld mehr auf den Anleihemärkten. Die griechische Regierung hat unter Regierungschef Giorgos Papandreou einen mutigen Reformkurs in die Wege geleitet. Dieser muss jetzt seitens der EU und ihrer Mitgliedsländer unterstützt werden. Erste Erfolge der Konsolidierung sind bereits eingetreten. Griechenland braucht Zeit für diesen grundlegenden Wandel. Es kann sich nicht aus der Krise heraus sparen, wenn nicht Wachstumsimpulse und Wettbewerbsstrategie hinzukommen. Großer Respekt ist gegenüber der griechischen Bevölkerung aufzubringen, die sehr tiefe Einkommenseinschnitte hinnehmen muss.

Immer deutlicher wird, dass Bundeskanzlerin Merkel mit ihrer Verzögerungstaktik im Jahr 2010 zur Verschärfung der Situation in Griechenland beigetragen hat. Damit hat sie auch dem Ansehen Deutschlands in der EU geschadet. Betroffenen Ländern muss im Interesse aller europäischen Mitgliedstaaten geholfen werden. Die bisherige „Strategie“ der Bundeskanzlerin ist gescheitert. Griechenland konnte sich bislang nicht aus der Spirale von Verschuldung, hohen Zinsen, einer durch extreme Sparmaßnahmen gebremsten Wirtschaft und damit wieder steigender Verschuldung befreien. Es ist höchste Zeit, einen dauerhaften Krisenabwehrmechanismus mit klaren und glaubhaften Regeln zur Gläubigerbeteiligung, zum Schuldenabbau und zur Regulierung der Finanzmärkte zu schaffen und um einen europäischen Wachstumspakt zu ergänzen.

### **Schwarz-Gelbe Atompolitik vollständig gescheitert – Rot-grüne Energiewendesetzt sich durch**

Die Atompolitik von CDU, CSU und FDP ist vollständig gescheitert. Mit ihren Beschlüssen zum Atomausstieg bis 2022 vollzieht die schwarz-gelbe Bundesregierung eine totale Kehrtwende. Noch im letzten Herbst war Schwarz-Gelb vor der Atomlobby eingeknickt und hatte längere Atomlaufzeiten beschlossen. Ebenso redete die Bundesregierung den Ausbau erneuerbarer Energien, den sie jetzt fördern will, schlecht. Die Wende von Schwarz-Gelb ist das Eingeständnis ihres vollständigen Versagens in der Energiepolitik und eine nachträgliche Bestätigung von Rot-Grün und der deutschen Anti-Atom-Bewegung. Die von der Bundesregierung nach der Katastrophe von Fukushima hastig einberufene Ethikkommission hat jetzt zentrale Forderungen der SPD bestätigt:

- Die sieben ältesten Atomkraftwerke sowie das besonders störanfällige AKW Krümmel müssen dauerhaft stillgelegt werden.
- Der vollständige Ausstieg aus der Atomenergie kann in weniger als zehn Jahre vollzogen werden.
- Für alle deutschen Atomkraftwerke sind verbindliche Abschaltzeiten ohne Hintertüren erforderlich, um so den Ausstieg unumkehrbar zu machen und Planungs- und Investitionssicherheit für die Energiewende zu schaffen.
- Mit dem endgültigen Atomausstieg bis 2022 liegen Union und FDP nah bei unseren Vorstellungen. Dass die Bundeskanzlerin sich auf einen schrittweisen Ausstieg mit festen Abschaltzeiten für jedes AKW festgelegt hat, ist auf Druck der SPD und der SPD-geführten Bundesländer geschehen.

### **Der Ausstieg muss für alle bezahlbar bleiben**

Gleichzeitig mit dem Ausstieg aus der Atomkraft muss der Einstieg in erneuerbare Energien gestaltet werden. Für die SPD ist es wichtig, dass bei der Energiewende alle mitgenommen werden. Das heißt konkret: Die Energieversorgung muss bezahlbar bleiben. Dies gilt für die privaten Verbraucher, aber auch für den Mittelstand und für die energieintensive Industrie wie Stahl-, Zement- oder Chemieindustrie. Gerade die Grundstoffindustrie sichert Arbeitsplätze in Deutschland und wird für die Energiewende gebraucht: Ohne die Stahl- und Kunststoffindustrie entsteht kein Windrad, ohne eine wettbewerbsfähige Automobilindustrie entsteht kein schadstoffarmes Auto.



### **Praktikant Malte Heissel berichtet über seine Schnupperwoche bei Karin Roth**

„Für mich war an diesem Praktikum von Anfang an interessant, wie das Parlament und seine Abgeordneten arbeitet. Am interessantesten fand ich das Thema der Rohstoffverteilung. Dass in den ärmsten Ländern die meisten Rohstoffe lagern ist etwas, das man sich klar vor Augen halten muss. Was mich auch sehr beschäftigt hat, war die Vielzahl an Problemen die die Parlamentarier zu lösen haben – von der Energiewende bis zur Euro-Krise. Als Außenstehender bekommt man meistens nur das Allerwichtigste mit, jedoch beschäftigt sich das Parlament noch mit einer Fülle von anderen Problemen, was für mich vorher unvorstellbar war. Für die spannende und interessante Woche danke ich Frau Roth und ihrem Team herzlich.“

Weitere Informationen zu den Themen dieser Ausgabe finden Sie im Internet unter [www.karin-roth.de](http://www.karin-roth.de)